

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 10.

Freitag, den 4. Februar

1887.

Auction.

Kommenden Montag, den 7. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr, gelangt im Scharfe'schen Gasthose in Limbach ein **Pianino** und ein **Billard** mit Zubehör gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung.
Wilsdruff, am 3. Februar 1887. **Matthes**, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die Anmeldung der neu aufzunehmenden Kinder, welche durch die Eltern **persönlich** zu erfolgen hat, nimmt der Unterzeichnete

Montag den 14. und Dienstag 15. Februar nachm. von 1—3 Uhr

auf der Expedition (Zimmer No. 9) entgegen.

Schulpflichtig sind alle Kinder, welche bis Ostern das 6. Lebensjahr erfüllt haben, schulberechtigt nur diejenigen, welche bis zum 30. Juni d. J. das 6. Lebensjahr vollenden. Alle jüngeren Kinder müssen zurückgewiesen werden.

Bei der Anmeldung sind beizubringen:

1. ein Taufzeugnis (nur von den nicht in hiesiger Pfarochie geborenen Kindern),
2. ein Impfschein.

Gleichzeitig ist die nähere Angabe der Religion, beziehentlich Confession zu machen, auch die Erklärung abzugeben, in welche Bürgerschule das betreffende Kind aufgenommen werden soll.

Der Tag der Aufnahme wird später bekannt gegeben.

Wilsdruff, den 1. Februar 1887.

Der Direktor der städtischen Schulen

E. Gerhardt.

Tagesgeschichte.

Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preussischen Monarchie und des deutschen Reichs von den Vertretern der Fortschrittspartei aufs Bitterste und Schärfste bekämpft worden ist. Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden und ist doch immer zu Stande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortschrittspartei unser Gegner ist, doch die Militärverträge zu Stande kommen wird." So fürst Bismarck am 25. Januar 1887 im preussischen Abgeordnetenhaus. Nachstehend die lebenden Beweise für diese Aeußerung. Es stimmte die Fortschrittspartei im verfassungsberatenden Reichstage: am 16. April 1867 gegen die Verfassung des norddeutschen Bundes; im norddeutschen Reichstage am 25. Mai 1870 gegen das Reichsstrafgesetzbuch, am 9. Dezember 1870 gegen die Reichsverfassung (Vertrag mit Bayern); im deutschen Reichstage: am 6. November 1871 gegen die Bildung eines Reichskriegsschatzes, am 20. April 1874 gegen das Militärgesetz (Septennat), am 21. Dezember 1878 gegen das Gerichtsverfassungsgesetz, am 11. März 1878 gegen das Gesetz über Stellvertretung des Reichskanzlers, am 19. Oktober 1878 gegen das Sozialistengesetz, am 16. April 1880 gegen die Verlängerung des Septennats, am 5. Mai 1880 gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, am 21. Januar 1882 gegen den Hamburger Zollanschluß, am 30. November 1882 für die Zulassung der französischen Sprache im Landesauschuß von Elsaß-Lothringen (der größere Theil der Fortschrittspartei), am 15. Februar 1883 gegen die Unteroffizierschule in Neu-Breisach (Elsaß), am 31. Mai 1883 gegen das Krankenversicherungsgesetz. Die freisinnige Partei stimmte: am 10. Mai 1884 gegen Verlängerung des Sozialistengesetzes (überwiegend, die ganze frühere Fortschrittspartei und ein Theil der Sezessionisten), am 27. Juni 1884 gegen das Unfallversicherungsgesetz, am 15. Dezember 1884 und am 4. März 1885 gegen die Bewilligung eines zweiten Direktors im auswärtigen Amte (am ersten Tage geschlossen mit einer Ausnahme, am letztern der größere Theil der Partei), am 16. März 1885 gegen die australische und afrikanische Linie bei der Postdampferunterstützung, am 16. Januar 1886 für die Mißbilligung der von der preussischen Regierung in den polnischen Provinzen vorgenommenen Ausweisungen, am 2. April 1886 gegen Verlängerung des Sozialistengesetzes, am 14. Januar 1887 gegen das neue Militärgesetz.

Unter den Unwahrheiten, mit denen von der Opposition gegen das Septennat die deutsche Wählerchaft beinflusst wird, nimmt die Behauptung: „alle Parlamente“ Europa's hätten das Recht, alljährlich durch den Etat die Friedensstärke des Heeres festzustellen, eine hervorragende Stellung ein. Die „National Zeitung“ bemerkt dem gegenüber folgendes: Frankreich hat die Einrichtung, welche man bei uns „Aeternat“ nennt; die Friedensstärke ist durch Gesetz bis zur Abänderung desselben normirt, nur auf dieser Grundlage erfolgt die Budgetbewilligung. In Oesterreich wird für Perioden von zehn Jahren die Kriegsstärke bestimmt, aus welcher sich durch Berechnung ebenso die Friedensstärke ergibt, wie bei uns umgekehrt aus dem Friedensstand die Kriegsstärke. Rußland hat bekanntlich überhaupt keine Volksvertretung. Also bei den drei großen Militärmächten, welche als unsere Nachbarn für uns als Freunde oder Feinde in Betracht kommen, besteht nirgends eine Einrichtung, welche alljährlich mit einer Wirkung, welche auf viele Jahre in die Zukunft hinausreicht, das Heerwesen von parlamentarischen Beschlüssen abhängig machen würde.

Wie würde es heute und schon länger um den Frieden stehen, wenn die Franzosen einen Feldherrn wie Moltke und einen Staatsmann wie Bismarck hätten? Wie trägt und hebt den General Boulanger die bloße Hoffnung der Franzosen, daß er ein guter Heerführer sein werde, auf die höchste Höhe der Popularität, so hoch, daß die besonneneren Franzosen ihn für eine Gefahr ihres Landes und der Republik ansehen und ihn zu

beseitigen suchen. Und doch hat er noch niemals auch nur ein Heer von 100,000 Mann geführt. Unser Moltke, der siegreiche Leiter und Führer der größten Armee, welche die Welt je gesehen, will einen neuen Krieg verhindern und setzt für eine mäßige Vermehrung und Stärkung des deutschen Heeres sein Wort nur feierlich ein, um eine furchtbare Gefahr zu beschwören, die Gefahr, daß die Franzosen einen Krieg um so eher beginnen, je mehr sie sich Deutschland überlegen halten; und wie antwortete ihm die Volksvertretung des Reiches? Und wie werden ihm die Wähler des neuen Reichstags antworten?

Ueber Bismarck ist ein treffendes Wort verbreitet: was er gethan hat, wird gepriesen und angestaunt, was er thut, wird bemäkelt und verdächtigt.

Berlin, 31. Januar. Der Aufruf des nationalliberalen Centralwahlkomitees sagt, eine Kriegsgefahr sei seit dem deutsch-französischen Kriege noch niemals so nahe gewesen, wie heute, wo kein Staatsmann die Zukunft auch nur für wenige Wochen voranzuberechnen vermag. Die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens beruhe heute nur noch auf der Stärke und Schlagfertigkeit der moralischen Zuverlässigkeit des deutschen Heeres und auf dem Vertrauen zu dem allgemeinen gleichen Stimmrecht, daß es die rechte Entscheidung treffen wird. Ein unheilvoller Ausfall der Wahlen würde einen Krieg mit allen Schrecken und im besten Falle mit schweren Verlusten heraufbeschwören.

Berlin, 31. Januar. Die „Post“ schreibt in einem Leitartikel überschrieben „Auf Messers Schneide“: Die Stellung Boulanger's ist nicht nur befestigt, sondern zur Zeit vielleicht unangreifbar. Der General, gestützt auf die Radikalen und Chauvinisten, beherrscht auch die friedliebenden Massen, weil diese nicht im Stande seien, ihren Wünschen annehmbare Gestalt zu geben, vielmehr durch jahrelanges Schüren in ihrem Urtheil verwirrt seien. Dieser Zustand könne nur durch eine temporisirende Regierung geändert, vielleicht durch eine glückliche Eingebung zur Annahme des wahren Friedens gelenkt werden, aber eine Regierung unter Boulanger werde kaum noch temporisiren. Derselbe sei Herr der Lage in einem Grade, wie weder Thiers, noch Gambetta es gewesen seien. Aber er könne die Lage nur durch Fortsetzung des kriegerischen Impulses beherrschen, den er ihr gegeben habe. Nach den Eindrücken aller Beobachter würden die Rüstungen in Frankreich mit fieberhafter Energie betrieben. Boulanger habe es nicht mehr in der Hand, das französische Volk in eine Friedensbahn zurückzulenken, oder er müsse seinen Platz räumen und sich mit dem Vorwurf beladen, Frankreich an den Rand einer großen Gefahr geführt zu haben.

Es wurde bereits gemeldet, daß sich auf Anregung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in allen Ländern unter den Sozialisten Komitees gebildet haben, um für die deutschen sozialistischen Reichstagswahlen Gelder zu sammeln. Die amerikanischen Sozialdemokraten haben durch Kabel nach Zürich 10,000 Francs angewiesen; weitere Sendungen sind angekündigt. Die olamischen Sozialdemokraten in Gent schicken als vorläufige Sendung 500 Francs ein; das Parteiorgan in Zürich zeichnete als zweite Rate 2500 Francs, aus allen kleinen Arbeitervereinen in der Schweiz kamen ziemlich beträchtliche Summen, in Bukarest und Lyon beteiligten sich die Arbeiter an den Sammlungen. Ein neuer Aufruf ist an die Genossen im Auslande ergangen; sie werden aufgefordert, auch nach Beendigung der Hauptwahlen zu sammeln, da jedenfalls viele Stichwahlen bevorstünden, bei denen die Partei beteiligt sei. „Daß den Kämpfern in Deutschland die Munition nicht ausginge,“ dafür müßten die Genossen im Auslande sorgen. Wie theuer selbst der Sozialdemokratie, die doch sehr viel freiwillige Hilfskräfte hat, ein Wahlkampf zu stehen kommt, dafür mag die Thatsache sprechen, daß die kürzlich stattgehabte Wahl in Mannheim den Sozialdemokraten 2023 M. kostete.

Straßburg, 29. Januar. Dieser Tage herrschte in Straßburg und